

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Köln, den 2. August 1930

Erscheint vierzehntägig Samstags
Eingangsnummer jeder 10 Pfennig

Nummer 16

An die Mitglieder

der christlichen Gewerkschaften!

Die Auflösung des Reichstages trifft das deutsche Volk in schwerster wirtschaftlicher und sozialer Not. Die Auflösung erfolgte, weil eine Mehrheit der Volksvertretung sich den Erfordernissen der Stunde versagte. Die Schuld trifft vor allem die Sozialdemokratie, die sich mit volks- und staatszerlegenden, den sozialen Volksstaat bewußt bekämpfenden Elementen im Widerstand gegen die Regierung zusammenfand.

Es ging darum, die materiellen Grundlagen der staatlichen Ordnung zu schaffen und zu sichern. Reich, Länder und Gemeinden sind in Not. Sie können die dringlichsten sozialen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Eine falsche Politik der Vergangenheit, die nicht zuletzt von der Sozialdemokratie gestützt wurde, hat die Verwaltungslasten gewaltig anschwellen lassen. Sie verstärkte die Wirtschaftskrisis. Die Arbeitslosigkeit wuchs ins Unermeßliche.

Die Ordnung der Reichsfinanzen ist erste Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, für die Sozialpolitik der Zukunft.

Sozialer Fortschritt ist unmöglich, wenn die Grundlagen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens wanken. Ihre Gesundung erfordert Opfer von allen. Das ist auch der Arbeiterstaat bewußt. Dabei machen die christlichen Gewerkschaften kein Hehl daraus, daß ihnen nicht alle Maßnahmen der Reichsregierung gefallen. Sie sehen aber auch hier Schutzpunkte der Sozialdemokratie. Ihr Verlangen vergrößerte den Einfluß sozialrückwärtlicher Kreise auf den Ablauf der politischen Geschicke.

Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Boden einer verpflichtenden Demokratie. Sie haben kein Verständnis für eine Politik, die sich in Agitation und parteipolitischen Interessen erschöpft.

In einer solchen Entartung der Demokratie leben sie die größte Gefährdung des Volksstaates.

Die Mehrheit des Reichstages hat ihre Pflicht gegenüber Volk und Demokratie nicht erfüllt. Das gilt vor allem von der Sozialdemokratie als der stärksten Gruppe dieser Mehrheit. Die Sozialdemokratie stellte sich im Reich mit antidemokratischen Gruppen gegen die Ordnung. Und das zu einer Zeit, in der sie mit den Parmenten, die sie im Reich bekämpft, in wichtigen Ländern des Reiches das staatliche Leben beherrscht. In den Ländern sichert sie sich parlamentarische Macht.

positionen durch ihre Beamten- und Personalpolitik. Im Reich aber verlagte sie sich der unangenehmen Aufgabe der Sanierung der Finanzen aus Furcht vor parteipolitischen Belastungen.

Die christlichen Gewerkschaften wissen, daß auch eine vom höchsten Verantwortungswillen getragene Volksvertretung die Not unseres Volkes nicht ganz beheben kann. Denn diese Not ist mit ein Ausfluß der gesamten politischen und wirtschaftlichen Weltlage.

Aber die Not wird gemildert, wenn das deutsche Volk am 14. September einen pflichtbewußteren, wahrhaft demokratischen Reichstag wählt. Einen Reichstag, der

1. Mehrheitsbildungen ermöglicht, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und grundsätzlich positiv handeln,
2. Maßnahmen zur dauernden Sanierung der Reichsfinanzen trifft,
3. energisch die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung durchführt,
4. die Grundlagen des sozialen Fortschrittes über die Zeit der Not hinaus sichert,
5. die deutsche Sozialversicherung und den arbeitsrechtlichen Schutz der Arbeitnehmer festigt,
6. die Stärkung des Innenmarktes und der Kaufkraft der breiten Volksschichten durch Preisabbau mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fördert.

Ein solcher Reichstag ist nach unserer Auffassung auch die beste Gewähr für eine aufrechte und kraftvolle Außenpolitik.

Christliche Gewerkschafter! Staatsordnung, Wirtschaft und sozialer Fortschritt bilden eine untrennbare Einheit. Laßt Euch in dem bevorstehenden Wahlkampf nicht durch Schlagworte betören! Denkt daran, daß jeder soziale und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiterschaft aufhört, wenn das Reich an einer Politik der Verantwortungslosigkeit zerbricht. Bleibt eurer staatspositiven Haltung auch in diesem Wahlkampf und am 14. September treu.

Kettet den wahren demokratischen Gedanken; sichert den Sieg der Vernunft!
Duisburg, den 26. Juli 1930.

Der Vorstand des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Schicksalschwere Entscheidungen

Düsterer Wolken lagern seit langem über unserm deutschen Volke. Alle Versuche, die schwere Krise zu beheben, verliefen bisher ergebnislos. Politik, Wirtschaft und Staatsführung sind eng verknüpft. Ordnung in den Staatsfinanzen und Vertrauen zu der Staatsführung bilden grundlegende Voraussetzungen für gesunde Entwicklung von Volk und Wirtschaft. Der lähmende Pessimismus, dem weiteste Kreise heute zu erliegen drohen, ist nicht zuletzt durch die Krise in Staat und Parlament verursacht.

Die Regierung bemühte sich nach Kräften, den verfahrenen Karren aus dem Sumpf zu ziehen. Trotz der riesengroßen Not, trotz der sich täglich steigenden Be-

fahren für Volk und Staat konnten sich die parlamentarischen Gruppen und Gruppchen nicht zu verantwortungsbewußter Mitarbeit entschließen. Sie glaubten, Sonderinteressen vor das Allgemeinwohl stellen zu müssen. Der Reichstag versagte sich dem Willen der Regierung, die Krise entschlossen zu lösen! Darauf wurde

der Reichstag aufgelöst,

die Regierung wird auf dem Wege der Notverordnung das Schlimmste von Volk und Staat fernzuhalten suchen! Hinter der grauen Sorge, der entsetzlichen Not des Tages lauert — vom parlamentarischen Interessensklüngel nicht gesehen — das Chaos!

Jede Partei wird sich aber nun bemühen, ihren Standpunkt als den allein wahren darzustellen. —

Unsere Linie und unser Ziel ist klar. Wir christlichen Gewerkschafter sind nicht Interessenverbände, wir sind Gesinnungsgemeinschaft. Auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, im Rahmen eines politisch, wirtschaftlich und sozial starken deutschen Reiches wollen wir die berechtigten Ansprüche unserer christlichen Arbeiterchaft verantworten wissen. Stimmungsmacher und Heher lehnen wir ab. Mit kühlem Verstand, mit pflichtbewußtem Verantwortungsgedühl, aber auch mit innerer Herzenswärme wollen wir die Staatsaufgaben gemessert sehen.

Wir wollen eine neue Volksvertretung, die Volkswohl vor Parteiinteressen stellt.

An Versuchen, den Wahlkampf auf dem Rücken der christlich-nationalen Gewerkschaften auszutragen, wird es nicht fehlen. Klarer Blick und Erkennen unserer Aufgaben ist daher nötiger denn je. Auf der Dresdener Tagung des Gutenberg-Bundes faßte der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Bernhard Otte, all das Wissenswerte in trefflichster Weise zusammen. Wir lassen seine Ausführungen folgen.

Die Bedeutung und Gegenwartsaufgaben der christlichen Gewerkschaften

Die Gegenwart erfordert in erster Linie entschlossenes Handeln und Verantwortungsbewußtsein. Weil es hieran in starkem Maße besonders auch bei den politischen Parteien fehlt, ist die Wirtschaftskrise verschärft worden und zu der wirtschaftlichen die politische Krise gekommen. Die christlichen Gewerkschaften müssen es ablehnen, ihr Verhalten nach agitatorischen Gesichtspunkten einzurichten. Weil, wenn nicht noch größerer Schaden angerichtet werden soll und wir zu besseren Verhältnissen kommen wollen, die ernste Gesamtlage handeln und nochmals Handeln erfordert, wird keine verantwortungsbewußte Regierung, mag sie heißen wie sie will, jetzt um unpopuläre Maßnahmen herumkommen. Nicht zuletzt hat der Mangel an Mut zur Verantwortung seitens der Sozialdemokratie die jetzigen Zustände mitverschärft. Durch den Austritt aus der Regierung hat die Sozialdemokratie sich der Verantwortung entzogen und mit zur Verschärfung der Krise beigetragen. Das muß festgehalten werden und ebenfalls die Tatsache, daß in dem aufgelösten Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit nicht mehr zustande zu bringen war. Die Mehrheit, die sich am Schluß im Negativen einig war und den Sturz der Regierung herbeiführte, ist sich im Positionen absolut uneinig und zu gemeinsamer, fruchtbarer Arbeit unfähig.

Wenn heute von Persönlichkeiten, die sachkundig und keine Pessimisten sind, betont wird, daß die gegenwärtige Situation mit fast gleichem Ernst wie 1923 beurteilt werden muß, so ist das ein Beweis für die schlimme Lage, in der wir stehen. Das Übel der Arbeitslosigkeit zehrt nicht nur wirtschaftlich am Leben unseres Volkes, sondern zeitigt große Schäden sittlicher und moralischer Art. Schon die Tatsache, daß eine Jugend ohne Arbeit und Beruf heranwächst, die von politischen Agitatoren und Demagogen mißbraucht wird, ist für das Volkswohl von verheerender Wirkung. Es ist darum fast auch kein Opfer groß genug, um die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu beheben. Daß die Opfer nicht einseitig zu Lasten der Schwächsten gehen dürfen, ist eine Selbstverständlichkeit; aber man wird sich klar darüber sein müssen, daß es zur Zeit keine Lösungen gibt, die allseitig befriedigend können. Entschlossenes Handeln und Mut zur Unpopularität sind heute mehr wert als Zögern und Unentschlossenheit.

Die christlichen Gewerkschaften haben in den letzten Monaten wiederholt zur Wirtschaftslage Stellung genommen. Wenn sie dabei zu der Überzeugung gekommen sind, daß ein Lohnabbau in der von vielen Arbeitgebern geforderten Art die Arbeitslosigkeit nicht beheben, sondern, auf die Dauer gesehen, nur verschärfen wird, so ergab sich daraus von selbst die Ablehnung dieser Pläne. Tatsächlich haben die Arbeiter und Angestellten bereits in weitgehendem Maße nicht nur durch die Arbeitslosigkeit selbst, sondern auch durch Lohnabbau, insbesondere durch Kürzung der Akkordverdienste und Sonderzulagen, große Opfer gebracht. Es ist höchste Zeit, daß die wirklich erfolgversprechenden Mittel zur Behebung der Produktion mehr und schneller wirksam werden.

Vor allen Dingen ist eine Senkung der Preise notwendig, besonders durch Verringerung der großen Spannen im Handel. Die Kleinverkauftpreise halten im Gegensatz zu den Großhandelspreisen zu stark fest. Ganz besonders müssen die durch Kartelle und sonstige Monopoleinrichtungen stark gebundenen Waren gesenkt werden. Bekanntlich haben die christlichen Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Konsumvereine zur Frage der Preisgestaltung bereits entschiedene Stellung genommen. Notwendig ist, die Genossenschaftsbewegung in noch stärkerem Maße zu unterstützen.

Der große Verwaltungsapparat lastet schwer auf der Wirtschaft. Eine Beschränkung und Zurückführung auf das erforderliche Maß liegt nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern auch im Interesse der Erhaltung des von uns besetzten Berufsbeamtenstandes.

Die Beseitigung der trostlosen Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden ist mit einer Voraussetzung für wirtschaftliche Wiedergeburt. Allerdings muß die Steuerpolitik bei dieser Krisenlage Rücksicht auf die Notwendigkeit der Produktionsbelegung nehmen. In diesem Zusammenhang ist auch das sogenannte Notopfer, das in solcher Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein sollte, zu nennen. Die Abwehr dieses Opfers gehörte mit zu dem Besten, was wir erlebt haben. Des weiteren sind der Luxus und der entbehrliche Verbrauch in erster Linie zu beheuern.

Eine gesunde Landwirtschaft ist von großer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft. Auch deshalb muß Wert auf die Hebung der inländischen landwirtschaftlichen Erzeugung gelegt werden. Abdröselung entbehrlicher und schädlicher Wareneinfuhr, insbesondere auch durch entsprechende Erziehung der Konsumenten. Eine weitere Verringerung der Zinsspannen ist ebenfalls notwendig. Vor allen Dingen auch eine Belegung des Baumarktes. Endlich muß der Wille in uns lebendig bleiben, zu einer gerechteren Reparationsregelung zu kommen. Die Reparationen belasten unsere Wirtschaft stark, und der Young-Plan kann und darf nicht der Weisheit letzter Schluß sein.

Es ist zu bedauern, daß die zur Minderung der Wirtschaftskrise geführten Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr oder minder auf ein totes Geleise gefahren sind. Das ist nicht Schuld des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die christlichen Gewerkschaften haben diese Verhandlungen begrüßt und gefördert, nicht zuletzt auch deswegen, weil der Arbeitsgemeinschaftsgedanke im Wesen unserer Bewegung, die den Klassenkampf verneint, begründet liegt. Selbst diejenigen, die Anhänger des extremen Kampfgedankens sind, müßten sich bei eingehender Überlegung doch sagen, daß es auch vom Standpunkt der Arbeiter richtiger und vorteilhafter ist, wenn in solchen kritischen Zeiten sich die Gewerkschaften miteinfinden. Im Arbeitgeberlager gibt es ebenfalls Katastrophopolitiker, die die gegenwärtige Krise zu einem Generalangriff auf Tariflöhne und Sozialpolitik benutzen möchten. Mit Katastrophopolitik ist aber noch niemals aufbauende und dauernd gesicherte Arbeit erzielt worden.

Die Sozialpolitik erfährt in der Gegenwart starke Anfechtungen.

Demgegenüber muß nachdrücklich betont werden, daß die Sozialpolitik nicht nur allein dem Schutze der wirtschaftlich Schwachen dient, sondern auch der Wirtschaft zugute kommt. Zu den Regierungsvorlagen nehmen die christlichen Gewerkschaften eine freie und unabhängige Haltung ein. Die Bewegung kann sich durch etwaige parlamentarische Notwendigkeiten nicht binden lassen. Soweit Mißstände und Schäden vorhanden sind, sind wir bereit, an deren Abstellung mitzuarbeiten. Die Beseitigung derselben liegt letzten Endes im Interesse der Versicherer. Die Arbeitslosenversicherung darf nicht so ausgehöhlt werden, daß schließlich der Versicherungsgedanke zerfallen wird, und die unter dem jetzigen Druck getroffenen Maßnahmen dürfen nur vorübergehende Notmaßnahmen sein. Sehr zu begrüßen ist, daß die Regierung mit der Krankenversicherungsnovelle die Reform des kassenärztlichen Dienstes in Angriff genommen hat. Damit ist den Versicherern und der Krankenversicherung selbst ein großer Dienst erwiesen. Wir verhehlen allerdings nicht, daß einige andere Vorschläge der Regierung über die Reform der Krankenversicherung von uns mit gemischten Gefühlen betrachtet werden.

Der Arbeiterschaft und der Wirtschaft ist mit dem ewigen Gezänk und Streit der Parteien nicht gebient. Die Zustände der Gegenwart sind mit herbeigeführt durch einen Geist, der den Volksgemeinschaftsgedanken weit hin verneint. Darum ist, wenn wir zu wirklich gesunden Verhältnissen kommen wollen, notwendig, daß die erforderlichen Maßnahmen von einem Geist getragen werden, der aus erharteten sittlichen Volksträften erwachsen ist. Die christliche Arbeiterbewegung hat gerade im Hinblick auf diese Notwendigkeit in der Gegenwart eine besondere Bedeutung.

In der Vergangenheit war in der Gewerkschaftsbewegung starkes Vertrauen auf die eigene Kraft vorhanden. Wir brauchen dieses Vertrauen für Gegenwart und Zukunft erst recht. Staatshilfe ist notwendig, aber

ein Stand, der allein auf die Staatshilfe baut, entbehrt der aufbauenden, eigenschöpferischen Kraft. Neben dem Willen zur Selbsthilfe und zur Mitarbeit an den schwierigen Gegenwartfragen benötigen wir aber auch den festen Glauben an die Zukunft. In manchen Kreisen herrscht ein übertriebener Pessimismus. Wir können mit Recht glauben, daß die gesunden Kräfte im deutschen Volk sich auch in dieser schwierigen Zeit wieder durchsetzen werden.

14. Generalversammlung des Gutenberg-Bundes

Die Künstlerstadt Dresden beherbergte vom 19. bis 22. Juli unsere Freunde vom Gutenberg-Bund zu ihrer 14. Generalversammlung. Die Tagungsstätte, das Künstlerhaus, hatte sich aus diesem Anlaß mit den Buchdruckerfarben geschmückt. Im schwarzen Saale zeigte eine Ausstellung von Entwurfsarbeiten, wie ernst es der Gutenberg-Bund mit der beruflichen Bildungsarbeit nimmt. Ganz prächtige Arbeiten und Ideen waren zu sehen.

Der Generalversammlung voraus gingen Gottesdienste in der katholischen früheren Hofkirche und der evangelischen Kreuzkirche. Mittags war dann eine große öffentliche Kundgebung im Künstlerhaus. Durch ihre vornehme, gebiegene Aufmachung und die bedeutungsvollen Ausführungen der Redner wird ihre Wirkung auch im roten Saale eine nachhaltige sein.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Kollege Dtte, Berlin, sprach über „Bedeutung und Gegenwartsaufgaben der christlichen Gewerkschaften“. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen bringen wir an anderer Stelle.

Die Ansprachen der Vertreter von Landesregierung und Kirche waren ebenfalls bedeutungsvoll. Viel beachtet wurde besonders der Vertreter der evangelischen Landeskirche, der sehr fein den Wert der selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorhob. Kollege Schipper, Amsterdam, als Vertreter der graphischen Internationale fand stürmischen Beifall, als er die Freude der holländischen Kollegen über die Befreiung der Rheinlande aus sprach.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen nachmittags. Aus dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht wäre vieles zu erwähnen. In muster-gültiger typographischer Aufmachung bietet er eine reiche Fülle von Material. Nur fleißige, peinlich genaue Arbeit kann die Unterlagen für diese überflüssigen Statistiken liefern.

Die Entwicklung in den letzten vier Jahren war günstig. In der Gehilfenabteilung stieg die Mitgliederzahl auf 4 200. Die Lehrlinge werden in einer besonderen Abteilung geführt. Sie zählt augenblicklich 1 020 Lehrlinge. Diese blühende Lehrlingsabteilung bietet die sicherste Gewähr für eine stetige günstige Weiterentwicklung des Gutenberg-Bundes.

Das Vermögen konnte in der Berichtszeit von 128 000 auf 266 000 Reichsmark erhöht werden. Vorzüglich ausgebauten Unterstützungsanstalten schützen die Mitglieder in den Lebensfällen des Lebens. Die Invalidenunterstützung des Gutenberg-Bundes geht weit über die Höhe der staatlichen Invalidenversicherung hinaus. Durchführbar wurde dies alles durch die gesunde Beitragspolitik und die gute Disziplin der Mitglieder.

Der Erfolg der Tarif- und Lohnpolitik kommt in der Steigerung des Spitzenlohnes um 21,37% in der Berichtszeit zum Ausdruck.

Die Frage der Gemeinschaftsarbeit mit unserm Verband wurde in durchaus bejahendem Sinne besprochen. Eine Reihe von Anträgen hierzu soll die beiderseitigen Vorstände noch befassen. Bei der Gelegenheit sprach Kollege Kuner den Kollegen des Gutenberg-Bundes Dank und Anerkennung aus, die schon bisher für die Ausbreitung auch des Graphischen Zentralverbandes selbstlos gewirkt hatten. Voraussetzung einer erfolgreichen Gemeinschaftsarbeit sei Meinarbeit, engeres Zusammenrücken in den Ortsgruppen, Ausbau von unten nach oben.

In einem Vortrage des Bundesredakteurs Bernath, Berlin, wurde zu der Entwicklung des deutschen Buchdruckerwesens, zu den Arbeits-, Lohn- und Rechtsverhältnissen Stellung genommen. Gefordert wurde die Einschränkung der Sonn- und Feiertagsarbeit und der Überstunden, sowie die Verkürzung der effektiven Arbeitszeit zur Milderung der großen Arbeitslosigkeit, die Erhaltung der Kaufkraft der Löhne, der Abbau der Preise an der Produktionsquelle und beim Endverkauf an den Konsumenten. Die Lehrlingsausbildung müßte noch mehr eingeschränkt werden, da der übergroße Teil der jungen Leute nach vierjähriger Lehrzeit keine Existenz mehr finden. In einem zweiten Vortrage des Bundesvorsitzenden Thraner, Berlin, über das Arbeitsgerichtsgesetz und die tarifliche Rechtsprechung wurde der Ausbau des Arbeitsrechtes nach sozialen Gesichtspunkten gefordert.

Mit erfreulicher Einmütigkeit erfolgte die Wiederwahl des Hauptvorstandes. Die 15. Generalversammlung soll 1934 in Saarbrücken sein. Die arbeitsreiche und in allen Teilen hochstehende Tagung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Bund und die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.

Allgemeine Rundschau

Löhne und Preise. In dem Wochenbericht (14) vom 2. Juli 1930 des Instituts für Konjunkturforschung wird die Wechselwirkung zwischen Löhnen und Preisen einer Untersuchung unterzogen. Die Preise könnten niemals im gleichen Umfange wie die Löhne sinken oder steigen, weil die Lohnkosten nur einen Teil der Gesamtkosten ausmachen. Bei der Steintohle betrage der Lohnanteil am Wert der Produktion 56 Prozent, im Maschinenbau 25—35 Prozent, in der Automobilindustrie 20 Prozent, in der Textilindustrie 15—18 Prozent und in der Lederindustrie 10 Prozent. Dabei sei nicht zu vergessen, daß nicht immer die Preise nach den Kosten kalkuliert werden. So häuften sich beispielsweise die Ermäßigungen der Lohnsteuer und der Zinssätze in den Preisen nicht aus. Die Monopole widersetzten sich in der Regel einer Preisentkung bis zum äußersten. Nur für die Waren, bei denen eine scharfe Kalkulation der Preise nach den Kosten stattfände, würde eine Lohnentkung die Preise ermäßigen, eine Lohnerhöhung die Preise steigern.

Grundsätzlich ergebe sich, daß nicht nur von Branche zu Branche, sondern auch von Betrieb zu Betrieb die Art und Zulammenfügung der Kosten, die Wirkungen der Veränderungen einzelner Kostenbestandteile und die Einflüsse auf die Preisbildung so außerordentlich mannigfaltig sind, daß es unmöglich erscheint, allgemein gültige Voraussetzungen über die Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Maßnahme zu machen.

Preisabbau bei den Konsumvereinen. Vor ungefähr drei Monaten wurde im großen Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften u. a. die Forderung erhoben, daß die Konsumgenossenschaften angesichts der stark wachsenden Agrarerzeugnisse und des Großhandelsindex in ihrer Preisgebung zu entscheidenden Taten schreiten müßten. Der Ausgangspunkt dieser Forderung war das Problem der großen Arbeitslosigkeit, das aus der genannten Tagung im Vordergrund stand. Man sagte, daß, wenn es nicht bald gelang, einen Einbruch in das starre Preisgebäude insbesondere für Nahrungsmittel und Artikel des täglichen Gebrauchs vorzunehmen, das Sinken des Reallohnes und damit eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern ist. Inzwischen hat bekanntlich die Konferenz der Gewerkschaftsführer und Konsumgenossenschaften in Berlin am 9. Juli stattgefunden. Hier wurde Einmütigkeit darüber erzielt, daß die Gewerkschaften und die Konsumvereine unbedingt die Aufgabe haben, an der Wiederbelebung der Wirtschaft, insbesondere auch durch die Mitbeteiligung an der Preisentkung und den Gestehungskosten, aktiv mitzuwirken. Die Konsumvereine betonten, daß sie ihre preispolitische Aufgabe in dieser schwierigen Zeit erkannt, und bereits erhebliche Preisberichtigungen vorgenommen hätten. Weitere Preisentkungen — auch wenn sie ein Wagnis darstellten und vorübergehend mit Verlust gearbeitet werden müßte — sollten schnell erfolgen. Die Gewerkschaften versprachen, die Konsumgenossenschaften tatkräftig zu unterstützen.

Sind nun wesentliche Preisberichtigungen durch die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften erfolgt oder nicht? Man kann die Frage mit einem glatten Ja beantworten. Die Konsumgenossenschaften haben nicht nur — wie das ja bei ihnen immer üblich ist — ihre Preise nach dem Markt oder nach den Gestehungskosten bemessen, sondern sie haben sich auch bemüht, alle Waren im Preise zu senken, bei denen eine Preisentkung irgendwie möglich war. Die großen Konsumgenossenschaften des Westens wollen sogar so weit gehen, daß sie das Risiko von Verlusten — wenigstens vorübergehend — auf sich nehmen wollen. Sie hoffen, daß sie bei ihren Mitglidern, insbesondere bei den Gewerkschaftern, Verständnis finden, und den Verlust durch erhöhten Umsatz wieder ausgleichen werden.

Die Köln-Mülheimer Genossenschaft „Eintracht“ hat beispielsweise innerhalb Jahresfrist eine Senkung der Verkaufspreise für Butter, Schmalz, Wurst, alle Sorten Käse, Milch, Eier, Erbsen, Bohnen und für Wein und Apfelwein um zirka 25,86 Prozent erfolgen lassen. Sie wird außerdem zu weiteren Preisberichtigungen bei allen geeigneten Artikeln schreiten. — Die Mülheim-Speyerer „Selbsthilfe“ hat bei 96 Artikeln des täglichen Bedarfs eine Preisermäßigung um durchschnittlich 16,7 Prozent während der letzten zwei Monate durchgeführt. Die Preisdifferenzen zwischen den neuen und den alten Preisen betragen 20,1 Prozent. Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die eigenen Packungen der „Gepag“ (Großeinkaufs- und Produktions-A.-G.) bzw. die eigenen Produkte derselben um 10 bis 35 Prozent niedriger im Preise stehen, als die gleichwertigen Fabrikate der Markenartikelfabrikanten. Die Preisdifferenz zwischen den eigenen Marken und den Artikeln der Markenartikelfabrikanten betragen sogar bis zu 50 Prozent. Beispielsweise führen die Konsumvereine prima Malakaffee und allerbesten Kornkaffee für 35 Pfennig das Pfundpaket, während das ähnliche Fabrikat bei Seelig Kornkaffee und Kathreiners Malakaffee 55 Pfennig pro Pfund kostet. Dieser Preis ist von den Markenartikelfabrikanten vorgeschrieben und darf bei hoher Strafe von den Verkäufern — gleich welche Selbstkosten sie haben — nicht unterschritten werden. Interessant ist die Tatsache, daß